



SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

SPD-Landtagsfraktion • Konrad-Adenauer-Straße 12 • 70173 Stuttgart

Deutsche Polizeigewerkschaft
Baden-Württemberg
Herrn Landesvorsitzenden
Joachim Lautensack
Kernerstraße 5

70182 Stuttgart

Claus Schmiedel MdL
Fraktionsvorsitzender

Dr. Nils Schmid MdL
SPD-Landesvorsitzender
Stv. Fraktionsvorsitzender

Telefon 0711/2063-729
Telefax 0711/2063-702

15. Februar 2011

Wahlprüfsteine für die Landtagswahl 2011

Sehr geehrter Herr Lautensack,

herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 31. Januar 2011 und die Übersendung Ihrer Fragen zur Landtagswahl 2011. Gerne nehmen wir dazu Stellung:

- 1. Müssen unsere Kolleginnen und Kollegen (Polizeivollzugsbeamte, Verwaltungsbeamte, Feuerwehrbeamte sowie Versorgungsempfänger) auch in der nächsten Legislaturperiode mit weiteren finanziellen Einschnitten rechnen (Besoldung und Versorgung, Zulagen, Beihilfe/Freie Heilfürsorge)?**

Nein, wir beabsichtigen in diesen Bereichen keine weiteren Einschnitte vorzunehmen.

- 2. Werden Sie sich für weitere, spürbare besoldungsstrukturelle Verbesserungen (z.B. Erhöhung der Zulagen in A 9, Erhöhung des Anteils des gehobenen Dienstes, insbesondere zur Ausweitung des Aufstiegs für besonders qualifizierte, lebensältere Beamte, Abbau der massiven Strukturdefizite in A 14) einsetzen? Wo sehen Sie eine dringliche Schwerpunktsetzung?**

Die SPD setzt sich nach wie vor für die zweigeteilte Laufbahn ein. Bei der Umsetzung kommt es entscheidend darauf an, die Durchlässigkeit von Laufbahngruppen sicherzustellen, denn die im Laufe des Berufslebens erworbenen Qualifikationen und Erfahrungen müssen angemessen gewürdigt werden. Zu prüfen sind vor diesem Hintergrund auch die Anhebung der Stellenanteile und die dazu gehörenden Durchschlüsselungen und Stellenbewertungen. Im höheren Dienst muss höhere Personalverantwortung in den großen Polizeidirektionen ausreichend berücksichtigt werden. Dies gilt entsprechend auch für die Führungsfunktionen im gehobenen Dienst.

3. Können Sie uns garantieren, dass mindestens der aktuelle Personalbestand (einschließlich der Stellen aus dem Einstellungskorridor) über die gesamte nächste Legislaturperiode erhalten bleibt, zusätzliche Aufgaben immer mit zusätzlichem Personal ausgeglichen werden oder anderenfalls Aufgaben im gleichen Umfang entfallen, weitere Verlagerungen in Zentralstellen oder in spezielle Aufgabenbereiche nicht weiter zu Lasten der polizeilichen Basisarbeit gehen, damit die Personal-, Einsatz- und Aufgabenbelastung nicht noch weiter erhöht wird? Haben Sie evtl. weitere Vorstellungen, die zur Reduzierung der Personalbelastung führen sollen?

Einen weiteren Stellenabbau im Vollzugsbereich der Polizei wird es mit uns nicht geben. Im Gegenteil: Die SPD hat in den letzten Jahren nachdrücklich vor den Folgen des Stellenabbaus im Vollzugsbereich der Polizei gewarnt. In weiten Bereichen ist er deutlich zu weit gegangen und die Personaldecke wurde so dünn, dass die Funktionsfähigkeit der Polizei nur durch Mehrarbeit der Beamtinnen und Beamten aufrecht erhalten werden kann. Den Stellenabbau werden wir insoweit rückgängig machen, als wieder gewährleistet werden muss, dass die Beschäftigten nicht über ihre dienstrechtlichen Pflichten hinaus eingesetzt werden müssen. Als ersten Schritt streben wir an, die Stärke der Reviere um eine Streife zu erhöhen. Die SPD hat auch den Stellenabbau im Bereich des Nichtvollzugsdienstes in den letzten Jahren deutlich kritisiert. Solange kein Aufgabenabbau stattfindet und die anfallenden Verwaltungstätigkeiten und Schreibaufgaben von ausgebildeten Vollzugsbeamten übernommen werden müssen, ist ein Stellenabbau nicht zu rechtfertigen.

Wir werden nach der Landtagswahl – falls wir dafür ein Mandat bekommen – zeitnah eine hochrangig besetzte Arbeitsgruppe zur Aufgabenanalyse und -kritik einsetzen.

4. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die beruflichen Perspektiven unserer Verwaltungsbeamten deutlich verbessert werden, z.B. durch eine Planvermerkregelung, zur kostenneutralen, möglichst vollständigen, gegenseitigen Inanspruchnahme von Stellen des Polizeivollzugsdienstes und der polizeilichen Verwaltungsbeamten?

Im Rahmen der Dienstrechtsreform wurde für den Bereich des Vollzugsdienstes eine Vielzahl von Beförderungsmöglichkeiten geschaffen. Hierbei blieben die Verwaltungsbeamten bei der Polizei leider unberücksichtigt. Ansatzpunkte für nachhaltige Verbesserungen für die Verwaltungsbeamten sehen wir in einer strukturellen Verbesserung bei der Besoldung und bei den Beförderungen sowie – genau wie bei den tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen – im Ausbau flexibler Arbeitszeitmodelle. Wir wollen, dass es gerecht zugeht und dass für die Beschäftigten eine Perspektive vorhanden ist.

5. Welche beruflichen Perspektiven können und wollen Sie unseren Tarifbeschäftigten über die tariflichen Vereinbarungen hinaus bieten? Wo sehen Sie konkrete Chancen und Perspektiven für diese Mitarbeiter?

Die derzeitigen Eingruppierungen der Tarifbeschäftigten bedürfen struktureller Verbesserungen. Die Tätigkeitsbeschreibungen bzw. Stellenbewertungen der Tarifbeschäftigten der Polizei müssen im Regelwerk des TVL ihre gerechte Berücksichtigung finden. Vieles ist in den letzten Jahren an höherwertigen Tätigkeiten dazu gekommen. Leider hat man es bisher versäumt, im TVL analog dem früheren BAT die Merkmale für die einzelnen Entgeltgruppen neu festzulegen. Darüber hinaus müssen mehr Aufstiegsmöglichkeiten geschaffen werden.

Potential sehen wir auch in einer Flexibilisierung der Arbeitszeit. Hierdurch könnte ein großer Schritt zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf unternommen werden. Um flexible Arbeitszeitmodelle umzusetzen, bedarf es einer entsprechenden räumlichen und technischen Ausstattung. Eine Vor- oder Nachmittagstätigkeit darf nicht länger am fehlenden Schreibtisch und fehlenden PC scheitern. Darüber hinaus müssen die Möglichkeiten für die Telearbeit von zu Hause aus ausgebaut werden.

Unseres Erachtens wäre es zunächst auch erstrebenswert, für den Bereich der Tarifbeschäftigten den qualifizierten Ausbildungsberuf des Polizeifachangestellten zu schaffen. Diese Fachkräfte sollten den Vollzugsdienst bei der Polizei sachkundig unterstützen und ihrer Qualifikation entsprechend angemessen eingruppiert werden.

Wir treten zudem ein für einen Stopp des Stellenabbaus im Nichtvollzugsbereich. Das würde den Beschäftigten in diesem Bereich eine sichere Perspektive für einen unbefristeten Fortbestand ihrer Beschäftigungsverhältnisse geben. Hierdurch könnte die Polizei auch weiterhin von den über Jahre hinweg erworbenen Kenntnissen und Erfahrungen der Beschäftigten profitieren. Ganz besonders gilt dies in Fällen, in denen Beschäftigte in Teilzeit befristete und unbefristete Arbeitsverhältnisse bei der Polizei parallel wahrnehmen.

6. Wer wäre Ihr Kandidat für den Posten des Innenministers? Mehrfachnennungen sind auch willkommen.

Darüber reden wir nach der Wahl. Unabhängig vom Ausgang der Landtagswahl können wir aber jetzt schon feststellen: Wir haben in der SPD bestens geeignete und hochqualifizierte Kandidaten für diesen verantwortungsvollen Posten.

7. Beschreiben Sie bitte Ihre künftige Philosophie in der Zusammenarbeit mit den Personalräten und Gewerkschaften.

Unsere ganze Politik ist auf Dialog ausgerichtet. Denn wir brauchen in Baden-Württemberg nicht nur neue Inhalte, sondern auch einen neuen politischen Stil. Dementsprechend lautet - auch für die Zusammenarbeit mit den Personalräten und den Gewerkschaften unsere Philosophie so: Miteinander reden, aufeinander hören, Sorgen und Wünsche aufnehmen, Anregungen und Vorschläge ernst nehmen – und dann verlässlich entscheiden.

Mit freundlichen Grüßen

Claus Schmiedel MdL
Fraktionsvorsitzender

Dr. Nils Schmid MdL
SPD-Landesvorsitzender
Stv. Fraktionsvorsitzender

Reinhold Gall MdL
Parl. Geschäftsführer
Innenpolitischer Sprecher